

Global zunehmende Einschränkungen der Religionsfreiheit

Deutschland, Österreich und die Schweiz bilden keine Ausnahme

Wien/Österreich, 13.08.2011/APD Eine aktuelle Studie des US-amerikanischen „Pew Research Centers“ zeige eine weltweite, zunehmende Einschränkung der Religionsfreiheit auf, teilte „Kathpress“ mit. Nahezu ein Drittel der Weltbevölkerung lebe heute in Ländern, in denen sich Restriktionen von Seiten der Regierung oder gesellschaftliche Feindseligkeiten gegenüber Religionen in den vergangenen Jahren verstärkt hätten, heißt es in der Studie „Rising Restrictions on Religion“. Sie habe anhand von UN-Studien und Menschenrechts-Reporten die Entwicklung in 198 Ländern zwischen 2006 und 2009 dokumentiert hat. Nur ein Prozent der Weltbevölkerung lebe in Ländern, in denen sich die Religionsfreiheit verbessert habe. Auch für Deutschland, Österreich und die Schweiz stellt die Studie eine Verschlechterung der Religionsfreiheit fest.

„Das neue Religionsgesetz in Ungarn, unter dem auch die Siebenten-Tags-Adventisten die staatliche Anerkennung verloren haben, und der Gesetzesentwurf zur Anerkennung der Kirchen in Österreich bestätigen die in der Studie festgestellte Tendenz nach Einschränkungen der Religionsfreiheit auch in Europa“, sagte Pastor John Graz (Silver Spring, Maryland/USA), Direktor für Öffentliche Angelegenheiten und Religionsfreiheit der adventistischen Weltkirchenleitung.

Als Länder mit sehr hohen Einschränkungen durch die Regierung sieht Pew die muslimisch geprägten Staaten Ägypten, Iran und Saudi-Arabien sowie China. Intolerant gegenüber einer Religionsvielfalt zeige sich die Bevölkerung insbesondere im Irak, in Indien, Pakistan und Afghanistan, aber auch in

Europa. So seien etwa in Bulgarien, Dänemark, Russland, Schweden und Großbritannien gesellschaftliche Stimmungsumschwünge zu bemerken.

Insgesamt lasse sich eine „Polarisierung“ feststellen, insofern Länder mit einer relativ hohen Restriktion im Untersuchungszeitraum weitere Verschärfungen vorgenommen hätten, Länder mit weniger starker Restriktion diese hingegen weniger stark forciert hätten, heißt es in der Studie des „Pew Research Center-Forums on Religion & Public Life“.

In 59 der untersuchten Länder seien, laut der Agentur „Kathpress“, die Restriktionen gegenüber Religion gängige Praxis, zumeist unter dem Deckmantel von Anti-Blasphemie-Gesetzen zum Schutz einer einzelnen Religion. In der Praxis aber werde dies oftmals genutzt, um religiöse Minderheiten als „unorthodox oder häretisch“ zu diffamieren, heißt es. Zugenommen habe außerdem die staatliche Gewaltanwendung gegenüber religiösen Gruppen oder Einzelpersonen. So sei laut Pew die Zahl der Länder, in denen es zu Gewaltanwendungen kam, von 91 im Jahr 2008 auf 101 im Jahr 2009 gestiegen.

Einschränkungen auch in Deutschland, Österreich und der Schweiz

Für Deutschland und die Schweiz stellt die Studie zunehmende öffentliche Spannungen in Bezug auf religiöse Minderheiten fest. Das betreffe in beiden Staaten vorwiegend den wachsenden muslimischen Bevölkerungsanteil.

Eine Verschlechterung im Blick auf die Religionsfreiheit stellt die Studie für Deutschland, Österreich und die Schweiz fest. Im Allgemeinen werde die Religionsfreiheit in den drei Ländern zwar geachtet und von Seiten des Staates keine Religion dezidiert bevorzugt. In allen drei Ländern hätten zwischen 2008 und 2009 die staatlichen Eingriffe in die Belange und die religiöse Praxis der Religionen zugenommen. In Österreich gebe es Gesetze, die der Religionsfreiheit widersprüchen, heißt es in der Studie – allerdings ohne nähere

Ausführungen. Die Schweiz gehöre zu den Staaten, in denen es wegen staatlicher Einschränkungen schwieriger geworden sei, die Bewilligung zur Errichtung von religiösen Bauten zu erhalten.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!